

952/A XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

betreffend Überprüfung von Bundesgebäuden auf Schadstoffbelastung

Obwohl es schon seit spätestens 1990 immer wieder Hinweise darauf gegeben hat, daß die Innenluftbelastung mit Schadstoffen des Salzburger Mozarteums gesundheitsgefährdend sein könnte, ist offenbar wenig geschehen. LH - Stv. Gerhard Buchleitner hat auf eine Anfrage der Salzburger Bürgerliste erklärt, daß es bereits 1991 Gutachten und Studien gegeben habe, die einen Zusammenhang zwischen dem Raumklima und Beschwerden hergestellt haben.

Erst als im Juni dieses Jahres eine alarmierende Häufung von Todes - und Krankheitsfällen von MitarbeiterInnen bzw. Studierenden der Salzburger Hochschule Mozarteum bekannt wurde, wurden endlich Luftmessungen vorgenommen, die schließlich eine Belastung der Räume mit polychloriertem Biphenylen (PCB) zutage gebracht haben, was zu einer sofortigen Schließung des Gebäudes durch den zuständigen Bundesminister führte.

Angesichts der mehr als sorglosen Vorgangsweise der Behörden ist zu befürchten, daß auch noch andere bundeseigene Gebäude gesundheitsschädigende Innenluftbelastungen aufweisen, insbesondere Gebäude, die ausstattungsmäßig dem Salzburger Mozarteum ähnlich sind. Aus diesem Grund hat etwa der Salzburger Landtag einstimmig beschlossen, Salzburgs landeseigene Gebäude auf eine eventuelle gesundheitsschädigende Wirkung hin zu überprüfen.

Notwendig ist daher eine sofortige lückenlose und systematische Untersuchung aller bundeseigenen Gebäude im Hinblick auf potentielle Gesundheitsgefährdungen durch Innenluftbelastungen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollten systematisch erfaßt und öffentlich dokumentiert werden (z.B. via Internet). In dieser Dokumentation sollte jedenfalls das Datum der Untersuchungen, das Untersuchungsergebnis, das Ausmaß der Gesundheitsgefährdung und der Sanierungsbedarf festgehalten werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAUFRUF:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der BM für wirtschaftliche Angelegenheiten, wird aufgefordert in ihrem Wirkungsbereich eine sofortige lückenlose und systematische Untersuchung aller bundeseigenen Gebäude im Hinblick auf potentielle Gesundheitsgefährdungen durch Innenluftbelastung vorzunehmen. Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, die Ergebnisse dieser Untersuchungen systematisch zu erfassen und öffentlich zu dokumentieren (z.B. via Internet). In dieser Dokumentation sollte jedenfalls das Datum der Untersuchungen, das Untersuchungsergebnis, das Ausmaß der Gesundheitsgefährdung und der Sanierungsbedarf festgehalten werden."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Bautenausschuss vorgeschlagen.